Marschallstraße oder auf die Reitbahnstraße verlege, würde er nie zustimmen. Abg. Philipp wendet sich gegen die seitens des Stadtverordneten-Vicevorstehers Damm in einer früheren Sitzung gegen die 2. Kammer geübte abfällige Kritik. Wenn man im öffentlichen Leben von Personen vom Schlage des vorhin erwähnten Petenten angegriffen wird, könne man sich darüber hinwegsetzen. Wenn aber Personen, denen man persönliche Hochachtung zolle, mit der öffentlichen Thätigkeit eines Abgeordneten unzufrieden seien, da müsse man Einkehr in sich halten und sein Benehmen noch einmal prüfen. St.-V. Damm habe sich u. A. auch gegen die von ihm (Philipp) gethane Aeußerung gewendet, daß es scheine, als ob Dresden-Neustadt gar keine Abgeordneten habe. Er halte an dieser Behauptung fest, habe sogar die Ueberzeugung, daß er damals noch nicht genug gesagt habe. Durch die ganze Bauthätigkeit Dresdens ziehe sich wie ein rother Faden das Interesse für Altstadt; Neustadt dagegen sei die reine Provinzialstadt. Selbst bei den vorgestrigen Verhandlungen im Dresdner Stadtverordnetensaale seien die Interessen der Neustadt, obgleich es sich um sie an erster Stelle handelte, in keiner Weise betont worden. Wenn man nur den zehnten Theil der Opferwilligkeit für Neustadt besäße, die man für Altstadt an den Tag legt, so hätte Neustadt schon lange eine Elbuferstraße nach Loschwitz. Auch bezüglich eines eventuellen Centralbahnhofbaues müsse man keine Rücksicht auf die Interessen Neustadts nehmen wollen. Der Vorlage der Deputation werde er beistimmen. Abg. Pietzschmann dankt der Deputation für das wohlwollende Votum. Abg. Weyrich wendet sich gegen Abg. Philipp. Gerade das Interesse für Neustadt wäre bei der betr. Verhandlung hervorgehoben worden. Im Uebrigen bestreitet er die Behauptung der erwähnten Petition, daß die Bebauung des militärfiskalischen Areals dem Baulustwandel Thür und Thor öffnen werde. Sonst schließt er sich den Ausführungen des Abg. Wönisch an. Abg. Uhlemann erklärt, aus welchen Gründen er von seiner in der Vorberathung eingenommenen ablehnenden Haltung abgekommen sei. Als Bauplatz für das Amtsgerichtsgebäude wünscht er im Interesse der Auswärtigen, die in der Nähe des Bahnhofs gelegene Reitbahnstraße gewählt zu sehen. Geeignet sei allerdings auch das Areal des jetzigen Amtsgerichts. Ob die Beibehaltung des botanischen Gartens für Dresden nothwendig sei, bezweifelt er, dafür plaidirt er lebhaft für die Umwandlung desselben in eine forstwirthschaftliche Versuchsstation. Die Stadtverordneten, meint er, würden sich die sittliche Entrüstung sparen können, mit welcher sie über die Kammer hergefallen seien. Abg. Ackermann dankt für die wohlwollende Behandlung der Angelegenheit und wendet sich, etwas ironisirend, gegen den Abg. Philipp, dessen Rede ihn angeheimelt habe, als wenn er sich im Stadtverordnetensaale befände. Eine Zurücksetzung eines einzelnen Stadtrathes könne man den städtischen Behörden nicht zum Vorwurf machen. Im Uebrigen tritt er für Beibehaltung des botanischen Gartens ein und schließt sich bezüglich des Amtsgerichts dem Abg. Wönisch an. Vicepräsident Dr. Pfeiffer erklärt, für das Deputationsgutachten stimmen zu wollen, da die von ihm in der Vorberathung geltend gemachten Hauptbedenken theilweise gehoben seien. Beim Amtsgericht brauche man auf eine centrale Lage nicht Rücksicht zu nehmen. Die Nothwendigkeit für das Fortbestehen des botanischen Gartens könne er nicht erkennen. Dem gegenüber betont Abg. Heinrich, daß die Interessen des kgl. Polytechnikums und anderer Staatsanstalten eng mit dem Bestehen des bot. Gartens verknüpft seien. Abg. v. Oppelschlegel tritt ebenfalls für das Fortbestehen desselben ein. Als Platz empfiehlt er das Striesener Gelände, welches den richtigen Boden und gutes Wasser habe und in enger Verbindung zu den städtischen Kreisen stehe. Ref. Starke erklärt, daß die Ablehnung der Position für Verlegung des botanischen Gartens für die Deputation nur die Bedeutung hatte, daß dasselbe bestehen und nicht als Bauplatz für das Amtsgericht benutzt werden sollte. Die Kammer erhebt hierauf einstimmig die bereits mitgetheilten Deputationsanträge zum Beschluß, läßt ferner die Petition des Baumeisters Hartwig auf sich beruhen und erklärt die des Bauhofvereins rechts der Elbe, welche um Zustimmung zu der Gegenmauerlage bittet, durch die gefaßten Beschlüsse für erledigt. — Auch bezüglich der Petition des Vereins für die evangel.-lutherische Diakonissenanstalt zu Dresden um Gewährung einer Beihülfe von 300,000 Mk. zum Bau eines neuen Krankenhauses (Ref. Zschille) pflichtet die Kammer dem schon mitgetheilten auf Bewilligung gerichteten Deputationsantrage bei, nachdem Abg. Dr. Straumer denselben befürwortet und Abg. Brausch an die Regierung die Bitte gerichtet, sie möge dafür Sorge tragen, daß durch die Staatsbeihülfe eine Vermehrung der Freistellen erzielt werde. Abg. Böhme referirt sodann über die Petition des Gasthofsbesitzers Töpfer in Striesen wegen Erlaubnißverweigerung zur Benutzung einer von ihm im Freien errichteten Tanzbahn zu öffentlichen Tanzvergnügen und beantragt, die Petenten mit sich beruhen zu lassen. Nachdem sich an einer kurzen Debatte Geheimrath v. Einsiedel, Abg. v. Polenz und Vicepräsident Dr. Pfeiffer betheiligt, wird der Deputationsantrag einstimmig zum Beschluß erhoben. Zum Schluß berichtet Sekretär Speck über eine Petition August Schlosser's zu Dresden und Gen. um Abänderung des Knappschaftskassengesetzes. Die Deputation beantragt, die Petition auf sich beruhen zu lassen. Abg. Trolle begründet dagegen in längerer Rede, wobei er sich einer sonst ungewohnten Mäßigung befleißigte, einen von ihm gestellten Antrag auf Ueberweisung zur Erwägung. Geh. Regierungsrath Vodel bezeichnet diesen Antrag als gegenstandslos, da die Regierung bezüglich des Krankenkassenwesens eine Reform für nicht an der Zeit halte und bezüglich der Pensionskassen bereits umfassende Vorbereitungen zu einer definitiven Regelung getroffen habe. Bei den entgegenstehenden Schwierigkeiten könne die Regierung nicht angeben, wann die Aufstellung eines Gesetzentwurfes vollendet sein werde. Abg. Dr. Straumer, an den sich die Petenten gewendet, erklärt, er habe sich der Angelegenheit angenommen, sei aber zu der Ueberzeugung gekommen, daß sich ein Mehr, als der Deputationsbeschluß enthalte, nicht erreichen lasse. Die Petenten hätten wenigstens erreicht, daß der Gegenstand in der Kammer zur Sprache gekommen ist. Auch Vicepräsident Streit hat sich sagen müssen, daß nichts anderes als der Deputationsantrag nicht am Platze sei und räth dem Abg. Trolle, seinen Antrag zurückzunehmen. Derselbe bleibt jedoch bei seinem Antrag stehen, der darauf gegen 3 sozialdemokratische Stimmen abgelehnt wird. Gegen dieselben stimmen wird der Deputationsantrag angenommen. — Die 1. Kammer pflichtete in ihrer gestrigen Sitzung ohne Debatte den bereits mitgetheilten Deputationsanträgen bezüglich der Straßen- und Brückenbaupetitionen bei, über welche Se. Kgl. Hoh. Prinz Georg referirte. Vicepräsident Dr. Stübel berichtet hierauf über die Etatspositionen des Medizinalwesens und die einschlagenden Petitionen und Anträge. Eine Debatte entspann sich nur über die Frage des Hebammenmangels auf dem Lande. Der Herr Referent betont, daß dem Nothstand nur durch erhöhte Subventionen abgeholfen werden könne. Freiherr v. Finck ist derselben Ansicht, desgl. Domherr Dr. Kantzler, welcher in längerer Rede die Ursachen des Mangels und die Mittel zur Abhülfe erörtert. Die Subventionen dürften nicht weniger als 1000 Mk. sein. Staatsminister v. Nostitz-Wallwitz kommt, die Ansprüche an die Staatssubventionirung zu kühr zu finden. Es handle sich hier nicht darum, die Interessen der Aerzte, sondern das des Landes zu wahren. Graf Könneritz befürwortet eine „entsprechende" Subvention und räth den Aerzten das Halten von Hausapotheken an, worauf Geh. Medizinalrath Dr. Günther erwidert, daß die Regierung Dem nie Schwierigkeiten in den Weg gelegt habe. Der Medizinaletat findet hierauf nach den Beschlüssen der 2. Kammer einstimmige Annahme.

— Anläßlich des Geburtstages Sr. Maj. des Kaisers lassen am Montag beide Kammern ihre Sitzungen ausfallen.

— Dienstag den 30. März wird der Landtag geschlossen, da bis zum 25. d. die Bewältigung aller Arbeiten nicht möglich ist.

— Die Finanzdeputation B der 2. Kammer (Ref. Patzler) beantragt die von der Regierung verlangte Ertheilung der Expropriationsbefugniß an Privatgesellschaften behufs Erbauung der Strecken Zittau-Oybin-Johnsdorf, Chemnitzthalbahn und Adorf-Roßbach auszusprechen, desgl. die Regierung zu ermächtigen, die Vereinbarung eines Bau- und Betriebsvertrages hinsichtlich einer normalspurigen Sekundärbahn von Schönberg nach Hirschberg und einer Schmalspurbahn von Göttengrün nach Lobenstein auf Grund der früher mitgetheilten Abmachungen abzuschließen.

— Gestern Nachmittag in der 6. Stunde wurde die irdische Hülle des Geh. Regierungsrath a. D. Königsheim auf dem Johannesfriedhofe dem Schooß der Erde übergeben. Im Trauerhause an der Emser Allee in Blasewitz versammelten sich von ½4 Uhr an die zahlreichen Freunde, Verehrer und ehemaligen Berufsgenossen des Verewigten, an der Spitze die Herren Regierungsräthe Berndt und Bodel, Regierungsassessor Kutzleb, eine Anzahl Offiziere, die Vertreter der Gemeinden Blasewitz und Striesen u. s. w. Der prächtige Katafalk war in dem schwarz drapirten Salon, umrahmt von einem köstlichen Blumen- und Palmenschmuck und beleuchtet von dem Kerzenglanz 12 silberner Girandolen, aufgestellt und hier hielt Herr Diakonus Morgenbesser eine tiefempfundene Trauerrede, in welcher er die Verdienste des Entschlafenen als Beamter und Familienoberhaupt sowie seine ganz ersprießliche Wirksamkeit für die Gemeinde Blasewitz hervorhob. Dem sechsspännigen Galaleichenwagen der Beerdigungsanstalt „Heimkehr" folgten ca. 20 Begleitwagen und erreichte der imposante Conduct erst nach ¾ Stunden sein Ziel. Gebet und Segen am offenen Grabe schlossen die Trauerfeier.

— Montag früh ½7 Uhr findet große Militärreveille in Alt- und Neustadt von den betreffenden Wachen aus durch die Stadt aus Anlaß des Geburtstages Sr. Majestät des deutschen Kaisers statt.

— Den Exemplaren der heutigen Nummer für Dresden und Umgegend liegt der „Gewerbeschutz" bei.

— Am 8. April beginnen die Frühjahrskontrolversammlungen für Dresden bis 21. April. Dieselben finden von Vormittags 8 Uhr täglich von 2 zu 2 Stunden in Damm's Etablissement im großen Saale statt.

— In der vorgestern in Leipzig abgehaltenen Versammlung der Gläubiger von F. Krietsch in Wurzen, in welcher etwa 80 Firmen vertreten waren, wurden, nachdem der Vertreter der Firmeninhaber über die Ursachen der Zahlungseinstellung Bericht erstattet und die vorgelegte Bilanz erläutert hatte, unter Leitung des zum Vorsitzenden erwählten Herrn Konsul Direktor Dr. Wachsmuth, einstimmig folgende Beschlüsse gefaßt: 1) Es wird der Firma F. Krietsch bis zum 30. Juni 1886 Gestundung wegen aller Forderungen ertheilt. 2) In der Zwischenzeit wird das Geschäft durch die jetzigen Inhaber der Firma F. Krietsch, unter Aufsicht eines aus sieben Firmen bestehenden Gläubigerausschusses, fortgeführt. 3) Der Ausschuß hat alle zum ungestörten Fortbetrieb des Geschäfts erforderlichen Maßnahmen selbstständig zu treffen und einen Ausgleichsvorschlag, welcher die endgiltige Fortführung des Geschäfts zur Basis hat, auszuarbeiten und den Gläubigern zur Genehmigung vorzulegen. In den Gläubigerausschuß, welcher zugleich das Recht der Cooptation erhielt, wurden gewählt: Allgemeine deutsche Kredit-Anstalt, Leipziger Bank, Karl Fritzsche, Schönebeck, Gebr. Heller, Dresden, Gebr. Moosdake, Halberstadt, S. Nathan jun., Magdeburg und J. G. Stichel, Leipzig. Zur wesentlichen Vereinfachung der Debatte hatte namentlich Herr Rechtsanwalt Dr. Wolf II aus Dresden beigetragen.

Fortsetzung des lokalen Theiles Seite 9.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. Dem Gerücht, daß Dr. Miquel, der Oberbürgermeister von Frankfurt a. M., zum Nachfolger des preußischen Finanzministers von Scholz ausersehen sei, wird widersprochen. Abgesehen davon, daß der Sturz des Herrn von Scholz noch durchaus nicht feststeht, so dürfte gegebenen Falls weder Fürst Bismarck daran denken, Herrn Dr. Miquel's Berufung vorzuschlagen, noch der Letztere im gegenwärtigen Augenblicke geneigt sein, einer solchen Berufung Folge zu leisten. Welche Aussichten hätte er auch als preußischer Finanzminister unter den obwaltenden Verhältnissen? Er würde nicht allein das Centrum und die Deutschfreisinnigen von vornherein geschlossen gegen sich, den ehemaligen Führer der Nationalliberalen sehen, sondern auch einen sehr großen Theil der Konservativen. Alle von ihm vorzuschlagenden Steuerpläne würden sicher kurzer Hand abgelehnt werden, und er würde sehr bald gründlich abgewirthschaftet haben. Herr Dr. Miquel ist viel zu vorsichtig und klug, um unter solchen Umständen seine angenehme und gesicherte Stellung als Oberbürgermeister von Frankfurt a. M mit der dornenvollen und unsicheren Stellung eines preußischen Finanzministers zu vertauschen.

Die Reichstagskommission zur Vorberathung des Antrages Moltke, betreffend die Erhöhung der Militärpensionen, hat in der ersten Lesung den Antrag Moltke einstimmig angenommen, wonach die Pension nach Vollendung des 10. Dienstjahres anstatt $^{9}/_{30}$ $^{15}/_{60}$ des pensionsfähigen Diensteinkommens betragen und von da ab mit jedem zurückgelegten Dienstjahre anstatt um $^{1}/_{60}$ um $^{1}/_{60}$ bis zur Erreichung des Höchstbetrages von $^{45}/_{60}$ des pensionsfähigen Diensteinkommens steigen soll. Angenommen wurde ferner ein der Klausel des Reichsbeamtenpensionsgesetzes entsprechender Antrag Delbrück, wonach die höheren Pensionssätze den seit dem 1. April 1882 pensionirten Offizieren zu Gute kommen sollen, und der Antrag Manteuffel, wonach die Pension der nach dem 16. Juli 1870 Pensionirten auf den bei Anwendung der erhöhten Sätze des Antrages Moltke sich ergebenden Betrag erhöht wird.

Großes Aufsehen erregt in sozialdemokratischen Kreisen von München das plötzliche Verschwinden des Dr. med. Walther Weiß, der als Arzt verschiedener Hilfskassen ꝛc. in der dortigen Sozialdemokratie eine nicht unbedeutende Rolle spielte, auch bei der Trauung des Reichstagsabgeordneten Gg. v. Vollmar als Trauzeuge fungirte. Dr. Weiß wurde auf der kürzlich stattgehabten Delegirtenkonferenz des Sanitätsverbandes für München und seine Vorstädte wegen seines Geschäftsgebahrens auf's Heftigste angegriffen, erhielt aber damals durch Stimmenmajorität ein Vertrauensvotum.

Vor dem kaiserlichen Palais benahm sich am Mittwoch gegen Abend ein Mann sehr auffällig, so daß er zur Wache befördert wurde. Hier gab er an, der Tischlergeselle Apollinari Ostrowski, Naunynstraße 55 wohnhaft, zu sein und ein Modell für eine neue Bombe erfunden zu haben, die er dem Kaiser zum Geburtstag schenken wolle. Der Mann wurde auf Veranlassung der Kriminalpolizei vom Bezirksphysikus untersucht und, da sich herausstellte, daß er geisteskrank war, zur Charité befördert.

In Oldenburg hat ein Duell stattgefunden, und zwar im Exerzierhause des Infanterie-Regiments, zwischen einem Reserve-Offizier (Jurist) und einem aktiven Offizier, auf krumme Säbel. Es ist dies in Zeit von noch nicht einem halben Jahre das dritte Duell, welches hier zum Austrag gebracht worden ist!

In Bayreuth starb der älteste aktive Unteroffizier der deutschen Armee, der k. Stabstrompeter und Militärmusikdirigent des 6. Chevauxlegers-Regiments, Peter Göttling, im 72. Lebensjahre. Der Verlebte, eine weit über Bayreuths Grenze hinaus bekannte und beliebte Persönlichkeit, war der Typus eines echten Soldaten. Bis wenige Tage vor seinem Tode machte er seinen Dienst so stramm und frisch wie ein Junger. Er konnte von sich rühmen, in seiner 50jährigen Dienstzeit nicht einen Tag krank oder „dienstfrei" gewesen zu sein. Seine Brust zierten außer den Feldzugszeichen das Dienstauszeichnungskreuz 1. Klasse, dann die goldene und silberne Verdienstmedaille. Er machte 13 Schlachten und Treffen mit, auch den deutsch-französischen Krieg 1870—71 von Anfang bis zu Ende.

Die Dame in Straßburg, welche zusammen mit dem jungen Deumel erschossen aufgefunden wurde, hieß Emma Eva Julie v. Dechend, geb. Hünten. Sie war die Gattin eines Landrichters in Neuwied. Der junge Deumel und Frau v. Dechend kamen am letzten Sonntag in die Wohnung des Dr. Deumel und verlangten von demselben Geld, um nach Amerika reisen zu können. Vater Deumel verweigerte dies und entfernte sich, worauf das junge Paar jenen verzweifelten Schritt vornahm. Die junge Frau hat ihrem betrogenen Gatten drei Kinder hinterlassen.

An den Gräbern der Märzgefallenen im Friedrichshain sah es in Berlin am 18. März stiller aus denn je. Während sonst neben der Erinnerung an den Tag auch die erwachende Frühlingsnatur manchen Spaziergänger nach dem stillen Friedhof hinauslockte, strich diesmal ein eisiger Wind draußen durch die entblätterten Bäume, und durch tiefhohen Schnee gelangte man auf hartgefrorenen Wegen zum Ziele. Kaum ein Dutzend Lorbeerkränze schmückten hier die schneebedeckten Gräber; einige trugen goldbefranste Atlasschleifen, sie sollen von den Vorständen der Arbeiterbezirksvereine niedergelegt worden sein; andere Kränze waren mit weißen Papierblumen geziert. Inschriften und die sonst üblichen rothen Schleifen bemerkte man gar nicht. Arbeiter erschienen in kleiner Zahl, machten ihren Rundgang durch den Friedhof und zogen still wieder ab.

Die Angehörigen des auf der chinesischen Panzerkorvette „Ting-Yuen" bei der Ueberführung derselben nach China durch Dampf verbrühten und an den Brandwunden gestorbenen Maschinisten Otto Feucht von Möckmühl erhielten vor einigen Tagen von dem kaiserlichen Konsul Pelldram in Tientsin mit einem Nachweis über die Hinterlassenschaft eine durch den genannten Konsul bewirkte Entschädigung von 4000 Mark seitens der chinesischen Behörde.

Der jüngst in Minden verstorbene Weinhändler Bernhard Mühe hat der Stadt 100,000 Mark vermacht, mit der Bestimmung, daß aus den Zinsen des Kapitals hülfsbedürftige Arbeiter unterstützt werden und zwar so, daß der Unterstützungsbetrag für den Einzelnen mindestens 100 Mk. jährlich beträgt. — Auch der kürzlich in Düsseldorf verstorbene Regierungsrath Bünte, ein geborener Mindener, hat seiner Vaterstadt sein gesammtes Vermögen, das sich auf 80,000 Mark belaufen soll, hinterlassen.

Die in Folge von Schneestürmen und Schneeverwehungen eingetretenen Unterbrechungen der Eisenbahnlinien in den Provinzen Preußen und Posen sowie den angrenzenden Theilen Schlesiens sind zum größten Theil beseitigt. Ebenso ist in Vorpommern, auf Rügen und in Mecklenburg der Betrieb auf den Eisenbahnen großentheils wieder hergestellt. In Schleswig-Holstein verkehren die Züge von Flensburg nach dem Süden wieder regelmäßig. Nördlich von Flensburg ist der Eisenbahnbetrieb noch gestört.

Oesterreich. Zur Generaldebatte über das Staatsbudget sind im Wiener Reichsrathe 65 Redner angemeldet. Der slovenische Priester Raic erzählte Schauerromane, welche darthun sollten, in welch' grausamer Weise die Regierung gegen die Slovenen vorgehe. Er bezeichnet die deutschen Beamten als „Scherzen", welche in unerhörter Weise die Slovenen „traktiren". In Marburg wurde sogar ein jüdischer Professor angestellt, obzwar Kaiser Maximilian mittelst Edikt vom Jahre 1498 alle Juden aus der Steiermark verbannte und die Landstände zu deren Austreibung 38,000 fl. bezahlen mußten. „Nach meiner Auffassung", sagte der duldsame Priester, „ist dieser nunmehr vierhundertjährige Erlaß durch die Staatsgrundgesetze nicht aufgehoben". (Ironisches Bravo! links.) Der deutsche Abg. Hallwich hielt eine fulminante Rede gegen die Czechisirung Böhmens. „Noch kämpfen wir mit deutscher Zähigkeit für das Reich, für die Reichseinheit, für Deutschthum, Freiheit und Recht. Der Kampf wird uns freilich schwer gemacht. Die Regierung, die Beamtenschaft sind gegen uns. Aber auch in der Mitte unseres eigenen Volksstammes haben wir Feinde: die katholische Geistlichkeit. Sie steht uns politisch und national feindselig gegenüber. Aber schon gährt es im Volke, und trotz der Bevormundung weiß das Volk, wie es dazu gekommen ist, katholisch gemacht zu werden, wie der Katholizismus gewissermaßen nach Böhmen hineingeprügelt worden ist. (Anhaltende Bewegung). So ist es auch geschehen anderwärts, wo Leichenhaufen an die katholische Gegen-Reformation erinnern. Alles zur höheren Ehre Gottes. Die Geschichte erzählt Ereignisse, daß Einem die Haare zu Berge stehen, trotz künstlicher oder natürlicher Tonur. Nur die Besorgniß wegen großer Geldausgaben, theilweise auch der konfessionelle Indifferentismus hat bisher zahlreiche Familien und Gemeinden in Nordböhmen abgehalten, zum Altkatholizismus überzutreten. Aber die katholische Konfession liegt uns nicht am Herzen. (Bewegung.) Die hohe Regierung hat das aber Alles überhört. Sie hat es nicht vorausgesehen, und von all' den Versprechungen der Thronrede kann eine nennenswerthe bisher eingelöst. Allein die Regierung bekümmert sich nicht darum; es wird trotzdem einfach fortgewurstelt. Ein großer Staatsmann hat einmal gesagt: „Zum Regieren gehört wenig Verstand". Auf diese Regierung paßt dieser Ausspruch. Noch niemals ist mit einem so geringen Aufwande von Ernst, mit so erbärmlich kleinlichen Mitteln ein Land regiert worden, als unser armes Oesterreich unter der Aera Taaffe". Der Rede Hallwich's folgte anhaltender Beifall und Händeklatschen links.

Ueber den Felssturz, durch den jüngst mehrere Görzer Kaufleute auf dem Heimwege von Karfreit lebensgefährlich bedroht wurden, hat sich jetzt herausgestellt, daß es nicht ein Zufall war, daß der Felsblock auf den Wagen der Görzer Kaufleute herabstürzte, sondern es müssen verbrecherische Hände dabei im Spiele gewesen sein, denn der Block ist aus seiner Lage gehoben worden und wurde dann erst den Abhang hinunterkollern gelassen. Es könnte entweder ein Racheakt oder Raubanfall beabsichtigt gewesen sein. Allerdings ist es auch möglich, daß die That von übermüthigen, betrunkenen Bauern begangen wurde, welche die möglichen Folgen gar nicht überlegt hatten.

Ungarn. In Zala-Egerszeg, wo vor drei Jahren blutige Antisemiten-Exzesse stattfanden, herrscht abermals große Gährung anläßlich der demnächstigen Ersatzwahl für den Reichsrath. Es wurden jüdischen Einwohnern die Fenster zerschlagen. Zwei Kompagnien Infantrie sind dorthin abgegangen.

Frankreich. Der Kriegsminister Boulanger schärfte auf zahlreiche Klagen über die körperlichen Züchtigungen in der Fremdenlegion den Truppencheis ein, dieselben zu verbieten.

In Decazeville nehmen die Arbeitseinstellungen der Grubenarbeiter immer größeren Umfang an. Das Bestreben der Leiter des Streiks ist jetzt vor Allem darauf gerichtet, auch die Grubenarbeiter in Firmy, der letzten Grube, in welcher noch gearbeitet wird, für ihre Sache zu gewinnen. In diesen Tagen sind auch verschiedene ernstere Exzesse erfolgt. Reiterpatrouillen durchziehen unablässig die von den Arbeitseinstellungen betroffenen Distrikte. In Decazeville wurde beschlossen, den Streik unter allen Umständen fortzusetzen; auch werden in der Nähe der Eingänge zu den verschiedenen Schachten Arbeiter aufgestellt, um die Namen der etwa einfahrenden Genossen festzustellen.

Paris. In einem bemerkenswerthen Artikel des „Figaro", „der Prätendent" überschrieben, führte ein bekannter politischer Gelehrter aus, daß der wahre Prätendent, derjenige, welcher den Ruin der Republik herbeiführen wird, weder der Graf von Paris, noch Don Carlos, noch der geheimnißvolle Prinz der Lilie von Spanien, noch der falsche Louis XVII., nicht der authentische Jerome, nicht Victor oder ein anderer Dauphin sein werde, deren Schatten die äußerste Linke beunruhigt. Der einzige wahre Prätendent, Derjenige, welcher ohne Einmischung Anderer regieren will, nicht nur über Frankreich, sondern über die ganze Welt, der Alles für sich nehmen und nichts den Anderen lassen will — das ist der Vorbereiter der künftigen Gesellschaftsordnung — ist der Arbeiter. Jeder Arbeiter „prätendirt" die absolute Herrschaft in der von den Sozialdemokraten fabrizirten Gesellschaft. Die skandalösen Vorgänge der letzten Zeit, die Auslassungen der rothen Presse, die Zwischenfälle in der Kammer, Alles bis auf die schwächliche Zusammensetzung des Ministeriums zeigen, daß auf dieser Seite die Gefahr liegt. Als Gladstone sagte, daß das 19. Jahrhundert den Arbeitern gehöre, glaubte er selbst nicht, daß sich diese Prophezeiung so bald erfüllen würde. Der Arbeiter steht jetzt auf der Höhe des Thrones, im Parlament ist er das Leitmotiv, auf der Straße herrscht er, der Kriegsminister und die Generäle liegen zu seinen Füßen, er dekretirt das Gesetz und schafft Umwälzung in allen Einrichtungen, je nach seinen Bedürfnissen, nach seinem Willen, nach seiner Laune..... Es ist Zeit, diese verderbliche Strömung aufzuhalten, die zum Staatssozialismus führt. Gewiß hat der Arbeiter Rechte, aber nicht mehr als die Anderen. Man muß ihm eine Stellung verschaffen, mit Hingebung und Sympathie, aber man darf ihm nicht die sozialen Prinzipien opfern, nicht die höheren Gesetze der Gerechtigkeit, der Ordnung und der Arbeit. Die Feigheit scheint jetzt eine der Hauptattribute der Regierung der Republik Frankreich zu sein. Die zehn Vertreter der äußersten Linken, deren Beruf Arbeiter aufzureizen ist, ließen das ganze Kabinet und seine Majorität passiren, und so hat die gesammte Kammer von Camelinat abgedankt — ein Schauspiel, wie es gewiß noch nirgends gesehen worden ist. — Die Polizei in Toulouse hat eine Falschmünzerwerkstätte entdeckt. Dieselbe war in einer Villa der Vorstadt in einem von hohen Mauern umgebenen Garten gelegen. Die Falschmünzer, ihrer 9, sind sämmtlich Spanier, mit Ausnahme eines französischen Unteroffiziers. Sie haben Fünf-Francs-Stücke in Silber von der Republik von 1848 und solche in Gold mit dem Bildniß Napoleon III. vom Jahre 1859 geprägt. Wie hoch sich ihre Fälschungen belaufen, ist noch nicht ermittelt. — Die 11. Kammer verurtheilte Briaud, einen Industriellen der Rue St. Honoré zu 13 Monaten Gefängniß und 3000 Frcs. Geldbuße, weil derselbe seit 5 Jahren das Geschäft des „Weißen Handels" betrieben hatte. Dieses Individuum hielt ein Stellenvermittelungsbureau und hat nicht weniger als 112 junge Mädchen zu seinem Associé nach London geschickt, einem gewissen Newman, der im Verein mit einer Mrs. Kart ein zweideutiges Haus am Strand hatte. Briaud ließ seinen Opfern glauben, daß er sie nach London in eine gute bürgerliche Familie als Lehrerin oder Dienstmädchen schicke, wofür sie ihm 15 Frcs. zahlen mußten. Dann reiste er mit ihnen, wenn ein Dutzend beisammen war (aber auf Kosten der Mädchen natürlich) nach London, wo sich dann die versprochenen Stellen als schon besetzt herausstellten. Newman und Frau Kart nahmen dafür die Mädchen in Kost und Logis, ihnen bessere Plätze versprechend, wofür sie 5 Schilling täglich rechneten. Wenn das Geld der armen Mädchen verbraucht war, wurden sie in elende Dachstuben gebracht und nur mit Kartoffeln und Milch ungenügend genährt, bis sie hungernd und frierend Mrs. Kart zu sehen wünschten, die ihnen erklärte, sie könne ihnen keinen Platz besorgen, aber in England verhungern hübsche Mädchen niemals, sie würde sie schon mit sehr freigebigen Gentlemans in Verbindung bringen. Die Wahrheit verlangt zu sagen, daß die Mehrzahl der jungen Mädchen diese Vorschläge anhörten und sich nur wenige beim Konsul beschwerten und nach Frankreich zurückbringen ließen. Diese wenigen aber haben die Klage angestrengt gehabt. — Die „France Militaire" fordert den Kriegsminister auf, die Kavalerie zu vermehren, denn lange könne dieser faule Friede mit Deutschland doch nicht dauern, aber dann wäre Frankreich in übler Situation. Die Deutschen könnten in den drei ersten Tagen nach der Mobilmachung 60,000 Kavalleristen an die französische Grenze schicken, während die Franzosen nur 38,000 an der deutschen hätten und drei Tage später

Hasmann's Leihbibliothek, Waisenhausstrasse 7. II. Etage. Deutsche, franz. und engl. Literatur.